

an	ESW 700	WA	dodis.ch/68033
Datum	16.11.92		
Vize			
EDA	16.11.92	15	
Ref.	S.C. 41. Irak. 111.0.		

Politische Abteilung II
p.B.12.10.81.Irak.-AMA/PEM

Bern, 13. November 1992

Besuch einer Delegation des irakisch-kurdischen Regionalparlamentes in der Schweiz

Vorsprache bei Herrn Botschafter G. Ducrey (DY) vom 10. November 1992

Eine aus dem Parlamentspräsidenten und drei Parlamentariern bestehende Delegation des irakisch-kurdischen Regionalparlamentes besuchte im Rahmen einer europäischen Rundreise nach der BRD und Holland auch die Schweiz, wo sie Kontakte mit internationalen Organisationen, Hilfswerken, Menschenrechtsorganisationen usw. hatte.

Am 10. November 1992 wurde die Delegation vormittags von einer schweizerischen Parlamentarierdelegation unter Nationalratspräsident Nebiker und nachmittags von Botschafter G. Ducrey im Beisein von Vertretern der Politischen Abteilungen I und II des Politischen Sekretariats, sowie des Menschenrechtsdienstes der Völkerrechtsdirektion empfangen.

Der Präsident des irakisch-kurdischen Regionalparlamentes, Herr Jawer NAMIQ SALEM (S.), informierte folgendermassen:

1. Das "demokratische Experiment" im irakischen Kurdistan

"Die Tragödie Kurdistans beruht auf seiner geo-strategischen Lage ..."

Nachdem Saddam Hussein im Oktober 1991 die nach der brutal niedergeschlagenen kurdischen "Intifada" wiederaufgenommenen Autonomiegespräche mit einer kurdischen Delegation einseitig abgebrochen, die Verwaltung aus dieser Region "abgezogen" und eine Blockade verhängt hatte, herrschte in Irakisch-Kurdistan ein **politisches und administratives Vakuum**. Auf diese Situation reagierten die Kurden mit der Abhaltung von **Parlamentswahlen** (19.5.92), der Einsetzung einer **Regionalregierung** und der

Auflösung bzw. Zusammenlegung der **Milizen**. Die gemäss S. sehr sauberen und demokratischen, international überwachten Wahlen brachten für die zwei dominierenden Parteien, nämlich die demokratische Partei Kurdistans (DPD) Barzanis, sowie die Patriotische Union Kurdistans (PUK) Talabanis je 50 Abgeordnete und für die assyrisch-christliche Minderheit 5 Abgeordnete ins Parlament. Mit Ausnahme der assyrischen Minderheit galt eine 7 %-ige Sperrklausel. Daneben wurde eine 15-köpfige Regionalregierung gebildet, in der auch die drei wichtigsten Parteien, welche an der 7 - Prozent Hürde gescheitert waren, vertreten sind.

Es ist klar, so S., dass ein demokratisches Experiment, insbesondere wenn es zudem noch ein kurdisches ist, den "totalitären" Nachbarn missfällt ("**Unheilige Allianz**": für den 14./15. November ist ein syrisch-türkisch-iranisches Treffen geplant). Das Konzept eines föderativen Staates^{1*} ist laut S. am letzten Kongress der irakischen Gesamtopposition im kurdisch-irakischen Städtchen Salaheddin für die "Nach-Saddam"-Periode trotz schiitischer Bedenken offiziell adoptiert worden. Der Wunsch nach einem **unabhängigen kurdischen Staat** bleibt aus geopolitischen Gründen und solcher der internationalen Situation vorläufig ein "**Traum**".

2. Die wirtschaftliche, soziale und humanitäre Situation

Das 50'000 km² umfassende autonome Gebiet^{2*} mit 3,5 Mio Einwohnern (darunter 500'000 Flüchtlinge) liegt nach 30 Jahren "de facto Krieg" und insbesondere infolge der zwei Repressionswellen nach Ende des irakisch-iranischen und des Golfkrieges vollkommen darnieder. **Von 5'000 Dörfern sind 4'500**, d.h. 90 % zerstört. **2,5 Mio Menschen sind ihrer landwirtschaftlichen Lebensgrundlage verlorengegangen**, leben in Armengürteln um die Städte, und sind von Produzenten zu Konsumenten geworden. Dazu hat auch die Umsiedlungspolitik Saddams Husseins beigetragen.

Das "**doppelte Embargo**" (UNO-Embargo gegen den Irak und internes irakisches Embargo gegen Irakisch-Kurdistan) bewirkt, dass die an und für sich produktionsbereiten Fabriken (z.B. "lebenswichtige" grosse Zementfabriken) aus Mangel an Ersatzteilen und Brennstoffen stillstehen.

1* welches weitergeht als der 1974 (theoretisch) zugestandene Autonomiestatus

2* weitere beanspruchte 25'000 km², darunter das ölreiche Kirkuk, unterstehen nach wie vor direkt der Zentralregierung

Entgegen den international auferlegten Verpflichtungen hat die irakische Zentralregierung die Oellieferungen in den Norden vollständig eingestellt und die Nahrungsmittellieferungen auf ca. 20 % des Bedarfs reduziert. Im kommenden Winter droht eine Katastrophe. Die Bewohner Irakisch-Kurdistan werden, obwohl sie auf einem "Oelsee" sitzen, erfrieren oder verhungern. Ohne massive Hilfe von aussen bzw. Oeffnung der Transportwege droht erneut eine **Massenfluchtbewegung** verbunden mit einer politischen Radikalisierung (Iran) und kriegerischen Zusammenstössen mit der irakischen Zentralregierung.

Die Region braucht aber nicht nur **Nothilfe** sondern in erster Linie auch **Aufbau- bzw. Ueberbrückungshilfe (Ersatzteile)**. Ein **wirtschaftliches Potential** ist vorhanden (Oel und andere Bodenschätze, Agrarreichtum, fleissige und motivierte Bevölkerung). Notwendig ist einzig eine Uebergangshilfe sowie die Oeffnung der Transportwege und die Aufhebung des "doppelten Embargos".

3. Das Problem des Zugangs von Not- und Aufbauhilfe

Die **internationale Hilfe via Bagdad erreicht "Kurdistan" nur zu einem geringen Teil**. Wegen des unrealistischen Wechselkurses gehen 90 % der für den Norden bestimmten Hilfe in die "Taschen" Bagdads. Medikamente werden durch verbrauchte ersetzt, Hilfsgüter werden zurückgehalten. **S. zieht deshalb die Direkthilfe vor. Der Landweg durch die Türkei ist aber von letzterer seit einem Monat gesperrt worden.** Der Sicherheitsfaktor (Kampf gegen die PKK) ist dabei laut S. nur ein türkischer Vorwand. Im Grunde **geht es darum, das kurdisch-demokratische Experiment im Keime zu ersticken.** Irakisch-Kurdistan verfügt im übrigen über mehrere brauchbare **Flugplätze**, welche für die Nothilfe benutzt werden könnten, falls die Türkei den Ueberflug erlaubt.

4. Die Kämpfe gegen die PKK

Irakisch-Kurdistan, so S. hat sich seine Nachbarn nicht selbst ausgesucht. Aus geographischen Gründen ist man auf gute Beziehungen zu diesen Nachbarn angewiesen. Dies gilt insbesondere für die Türkei, der einzige praktikable Korridor zur Aussenwelt.

Die Regionalregierung hatte deshalb die PKK gewarnt, von ihrem Territorium aus keine bewaffneten Aktionen gegen die Türkei zu unternehmen. Geduldet würden nur politische Aktionen. Die PKK hat diese Warnungen in den Wind geschlagen, ihre im Windschatten der "Intifada" errichteten Ausbildungslager ausgebaut, den irakischen Kurden die Rückkehr in ihre Grenzdörfer verwehrt und türkische Ziele angegriffen. Die

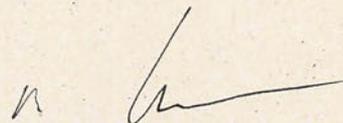
Regionalregierung musste mit Gewalt reagieren, um das Ueberleben ihres "Experiments" zu sichern.

Die PKK, mit deren Zielen S. im Grunde sympathisiert, deren als Reaktion auf den türkischen "Staatsterror" zu verstehenden Methoden er aber ablehnt, lässt sich von Syrien, Irak und Iran "instrumentalisieren".

5. Anliegen an die internationale Staatenwelt bzw. die Schweiz

- **Druck auf die Türkei**
- Rückzug aus Irakisch-Kurdistan
- Passierenlassen der Hilfe bzw. Wiedereröffnung des "Korridors"
- **Aufhebung des UNO-Embargos** gegenüber Irakisch-Kurdistan
- Druck auf den Irak betreffend humanitäre Hilfe, **Oellieferungen**
- **Nothilfe für den Winter**
- **wirtschaftliche Aufbauhilfe** (Ersatzteile)
- Unterstützung der **Genscherschen Idee einer "Kurdistankonferenz"**
- Oeffnung eines **Verbindungsbüros** in der Schweiz (anscheinend in der BRD und Oesterreich zugesichert)

DY verspricht, die Anliegen S.'s sorgfältig zu prüfen.



Martin Aeschbacher

P.S. Kommentare

- Die Delegation machte einen ausgezeichneten Eindruck: "**pondier^{er}t**", sympathisch, keine Rhetorik
- Die Delegation scheint sich bewusst zu sein, dass ihre moralisch berechtigten Anliegen wenig Chancen haben. Angesichts der sehr ernststen Notlage muss aber etwas geschehen.
- Nothilfe scheint dringend notwendig, soll es nicht zu einer erneuten Massenflucht kommen. Das Hauptproblem ist ein logistisches auf politischem Hintergrund (Zulieferungswege über Bagdad, Türkei)

Kopie:

- Sekr. Departementschef
- Staatssekretär
- PA I
- PA III
- Politisches Sekretariat
- Finanz- und Wirtschaftsdienst
- Presse und Information
- Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik
- DIO
- DEH, humanitäre Hilfe
- SI, FMD, AMA
- EVD, BAWI
- Schweiz. Botschaft Ankara, Amman, Damaskus, Teheran, Bonn, Den Haag, Washington
- Missionen Genf, Brüssel und New York